Deutscher Bundestag **Drucksache 14/8378**
14. Wahlperiode 27. 02. 2002

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (15. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Dirk Fischer (Hamburg), Dr.-Ing. Dietmar Kansy, Eduard Oswald, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU – Drucksache 14/4378 –

Weißbuch über Harmonisierungsdefizite bei Verkehrsdienstleistungen

A. Problem

Die Antragsteller haben einen Antrag mit dem Ziel eingebracht, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, die EU-Kommission darauf zu drängen, zügig ein Weißbuch über die noch bestehenden Regelungs- und Vollzugsdefizite zur Harmonisierung der Wettbewerbsbedingungen für Verkehrsdienstleistungen im europäischen Binnenmarkt sowie den Regelungsbedarf im Hinblick auf den Beitritt der MOE-Staaten und die damit verbundene Erweiterung des Verkehrsmarktes zu erarbeiten. Das Weißbuch solle als Grundlage dienen, einen Maßnahmenkatalog zu erstellen, der einen zügigen Abbau der vorhandenen Harmonisierungsdefizite bewirke und faire Wettbewerbsbedingungen für die anstehende Erweiterung des EU-Verkehrsmarktes gewährleiste.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 14/4378 abzulehnen.

Berlin, den 27. Februar 2002

Der Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

Eduard Oswald	**Karin Rehbock-Zureich**
Vorsitzender	Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Karin Rehbock-Zureich

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf Drucksache 14/4378 in seiner 127. Sitzung am 26. Oktober 2000 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen zur federführenden Beratung und an den Finanzausschuss, den Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung und den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Antragsteller haben einen Antrag mit dem Ziel eingebracht, dass die Bundesregierung aufgefordert werde, die EU-Kommission darauf zu drängen, zügig ein Weißbuch über die noch bestehenden Regelungs- und Vollzugsdefizite zur Harmonisierung der Wettbewerbsbedingungen für Verkehrsdienstleistungen im europäischen Binnenmarkt sowie den Regelungsbedarf im Hinblick auf den Beitritt der MOE-Staaten und die damit verbundene Erweiterung des Verkehrsmarktes zu erarbeiten. Das Weißbuch solle als Grundlage dienen, einen Maßnahmenkatalog zu erstellen, der einen zügigen Abbau der vorhandenen Harmonisierungsdefizite bewirke und faire Wettbewerbsbedingungen für die anstehende Erweiterung des EU-Verkehrsmarktes gewährleiste.

III. Stellungnahme der mitberatenden Ausschüsse

Der **Finanzausschuss** hat den Antrag in seiner 86. Sitzung am 7. Februar 2001 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen sowie der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung** hat den Antrag in seiner 118. Sitzung am 20. Februar 2002 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktionen der FDP und der PDS, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag in seiner 56. Sitzung am 15. November 2000 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU und bei Enthaltung der Fraktion der FDP, den Antrag abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im Ausschuss

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen** hat den Antrag in seiner 78. Sitzung am 27. Februar 2002 beraten. Er empfiehlt bei Stimmengleichheit mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS, den Antrag abzulehnen.

Die **Fraktion der SPD** betonte, sie stimme mit dem Ziel des Abbaus von Wettbewerbsverzerrungen überein und lege großen Wert auf eine Harmonisierung der Rahmenbedingungen für das Verkehrswesen in Europa, vor allem auch im Bereich der Arbeits- und Sozialordnung. Mit dem derzeitigen Stand der Harmonisierung sei man unzufrieden. Durch die Anstrengungen der Bundesregierung stehe aber die Verabschiedung einer EU-weiten Regelung der Arbeitszeit sowie von Regelungen zum EU-Führerschein und zur illegalen Beschäftigung vor dem Abschluss. Der Antrag der Fraktion der CDU/CSU sei zum Teil bereits durch das Weißbuch der Europäischen Union „Die europäische Verkehrspolitik bis 2010: Weichenstellungen für die Zukunft“ erledigt, zum Teil habe man bereits Elemente daraus aufgegriffen. Ein eigenes Weißbuch zu Harmonisierungsdefiziten sei nicht sinnvoll, denn die Harmonisierung sei eine Daueraufgabe.

Die **Fraktion der CDU/CSU** erklärte, die Harmonisierung der Rahmenbedingungen im Verkehrssektor müsse das vordringliche Ziel der europäischen Verkehrspolitik sein. Diese Harmonisierung sei Voraussetzung für eine Marktöffnung. Ein fairer Wettbewerb müsse ermöglicht werden. Es reiche nicht aus, wohlklingende Zielsetzungen zu definieren, sondern es müßten konkrete und konsequente Maßnahmen ergriffen werden.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** führte aus, das Ziel der Verkehrsvermeidung müsse stärker berücksichtigt werden. Dabei sei auch die Verkehrszunahme durch Zersiedelung zu berücksichtigen.

Die **Fraktion der PDS** meinte, es gebe in Europa erhebliche Differenzen bei der Abgabenbelastung. Hier sei ein konsequenter Einsatz für die Harmonisierung der Abgabenlast in Europa erforderlich.

Berlin, den 27. Februar 2002

Karin Rehbock-Zureich
Berichterstatterin



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333